



HEINRICH ZERTIK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU Wir in Lippe



Ausgabe 24

Zertik direkt – Nachrichten aus Berlin und Lippe

10.03.2017



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in den letzten Wochen bewegt das politische Verhältnis zur Türkei die Menschen in Deutschland. Ich bin der festen Überzeugung: Türkische Innenpolitik und Wahlkämpfe haben in Deutschland nichts zu suchen. Unsere Bundeskanzlerin hat in Ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht, dass Vergleiche mit den Zeiten des Nationalsozialismus seitens der türkischen Regierung völlig deplatziert sind. Trotzdem sollten wir bei dieser emotionalen Debatte einen kühlen Kopf bewahren. Deutschland ist von der Türkei nicht erpressbar. Das Flüchtlingsabkommen ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen. Die Türkei hat erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU angewiesen ist. Daher sollten wir dieses Gerede von der angeblichen Erpressbarkeit der Bundesregierung bleiben lassen.

Ihnen allen ein schönes Wochenende!

Ihr

H. Zertik

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zu Besuch im Kreis Lippe

„Wir brauchen in schlechten wie in guten Zeiten einen starken Staat mit klaren Regeln“, so der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vor rund 200 Besuchern auf einer Veranstaltung der CDU Lippe in Detmold. Mit dabei waren auch die CDU Bundestagsabgeordneten Heinrich Zertik und Christian Haase, sowie der Landtagsabgeordnete Walter Kern und die Kreisvorsitzende der CDU Lippe Kerstin Vieregge. Der zwischenmenschliche Umgang und die Sicherheit in unserer Gesellschaft war das zentrale Thema der Veranstaltung.



Der Bundesinnenminister sprach über die veränderte Sicherheitslage in unserem Land. „Zu Beginn dieser Legislaturperiode war es nicht absehbar, dass ein starker Zustrom von Flüchtlingen und der internationale Terrorismus ein zentraler Schwerpunkt der deutschen Innenpolitik sein wird. Die Entwicklung, die uns bisher in dem Ausmaß nicht

bekannt war, verunsichert die Menschen in unserem Land“, sprach Dr. Thomas de Maizière. Er informierte die Anwesenden über die eingeführten Maßnahmen der Bundesregierung.

„Früher war es unvorstellbar, dass die Bundespolizei auf die Daten der Ausländerbehörden zugreifen kann oder dass die Behörden Daten austauschen können. Aus Datenschutzgründen war es technisch unmöglich“, so der Bundesinnenminister. Deshalb wurde das Datenaustauschverbesserungsgesetz eingeführt. Es ist vor einem Jahr in Kraft getreten und erlaubt die Asyl- und Schutzsuchenden leichter und zeitiger als bisher zu registrieren. Bei der ersten Begegnung werden die Daten standardisiert in einem zentralen System erfasst. Durch das Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem - dem sogenannten Fast-ID werden Doppelregistrierungen und Missbrauch verhindert. Auch der Umgang mit Straftätern und Gefährdern wird sich ändern. „Bisher waren die Hürden für eine Abschiebehaft viel zu hoch. Deshalb haben wir im Bundestag ein Gesetz auf den Weg gebracht: Wer als Asylbewerber seine Identität verschleiern muss mit Konsequenzen rechnen“, mahnt der Bundesinnenminister.

Neben einem besser abgestimmten Sicherheitssystem zwischen Bund und Ländern ist auch eine effektive Überwachung von öffentlichen Plätzen notwendig. Eine hohe Prozentzahl der CDU Politiker ist für eine verstärkte Videoüberwachung. Die Vorschläge der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, stattdessen einfach nur mehr Polizeibeamte anzustellen, seien jedoch unrealistisch und nicht umsetzbar, macht der Bundesinnenminister deutlich. Für ihn gilt es, beide Optionen auszubauen, da die Sicherheit in unserem Land besser mit mehr Polizei und mehr Videoüberwachung gewährleistet werden kann. – „In Krisenzeiten lernen die Demokratien jedoch mehr als in normalen Zeiten“, sagte der CDU-Politiker zurecht.

Der Bundesinnenminister verdeutlichte auch die Notwendigkeit eines anständigen und respektvollen Umgangs der Bürger miteinander: „Höflichkeit, Respekt oder ehrenamtliches Engagement sind nirgendwo vorgeschrieben. Wenn man es nicht macht, ist man nicht strafbar. Aber die Gesellschaft ist dringend darauf angewiesen.“



HEINRICH ZERTIK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU Wir in Lippe



Bericht aus dem Innenausschuss

Ein neues Videoüberwachungsgesetz – darüber haben wir in unserer letzten Innenausschusssitzung diskutiert. In der öffentlichen Diskussion kommt es dabei oft zu Missverständnissen. Bürgerinnen und Bürger erhoffen sich durch mehr Kameras im öffentlichen Raum einen besseren Schutz und eine bessere Prävention vor kriminellen Handlungen. Gleichzeitig sorgen sie sich darum, dass der Staat seine Überwachung immer stärker auf ihre Privatsphäre ausdehnt. Was viele nicht wissen: auch private Betreiber dürfen unter bestimmten Umständen Videokameras installieren, wenn sie eigene berechnete Interessen haben. Das kann der Schutz des eigenen Geländes oder einer Anlage sein. Bislang wird dies in Paragraph 6 b im Bundesdatenschutzgesetz geregelt.



Hier will der Gesetzgeber jetzt nachjustieren und hat dabei die Güter Leben, Gesundheit und Freiheit in den Mittelpunkt gestellt. Der Schutz dieser Güter soll in Einzelabwägungen genau bewertet werden. Die Abwägung zwischen den Interessen privater Betreiber und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger an der Privatsphäre entscheidet, ob die Installation von Videokameras rechtmäßig ist. Dabei kann es durchaus sein, dass auch der private Betreiber eines Einkaufszentrums Grund hat, Kameras zu installieren, weil er einen erhöhten Schutz seiner Konsumenten im Auge hat. Hält dies einer Überprüfung nicht stand, weil die privaten Interessen der Bürgerinnen und Bürger verletzt werden, dann ist es ihm nicht erlaubt, Kameras zu installieren. Im Zweifelsfall sollten die zuständigen Aufsichtsbehörden zu Rate gezogen werden. Je nachdem, ob Kameras durch den Bund, ein Land, eine Kommune oder Private betrieben werden, gelten andere Rechtsgrundlagen. Im Entwurf wird auch die Speicherung der Daten neu bewertet. Die Daten dürfen solange aufbewahrt werden, wie sie zur Aufklärung beispielsweise eines Verbrechens gebraucht werden. Obwohl der Gesetzgeber dafür keine konkreten Vorgaben macht, kann das zwischen 24 Stunden und wenigen Tagen der Fall sein. Das Hauptinteresse des Gesetzentwurfs zielt auf die öffentliche Sicherheit ab. Mit mehr Kameras können Verbrechen nicht unbedingt verhindert werden, die Aufnahmen können jedoch eine große Hilfe bei den Ermittlungen und Aufklärung von Straftaten sein. Deshalb wird das Gesetz auch von der Polizei begrüßt.



Heinrich Zertik MdB zu Besuch auf der ITB

In Lippe, im Land des Herrmanns, ist immer was los. Davon überzeugte sich auch heimische Bundestagsabgeordnete Heinrich Zertik am Stand seines

Lipperlandes auf der Internationalen Tourismusbörse. Bei Gesprächen mit der Landeverbandsvorsteherin Anke Peithmann und dem Geschäftsführer der Lippe Tourismus Marketing GmbH Günter Weigel ging es um die touristische Weiterentwicklung Heimatlandkreises.

Lippe wird bei Touristen immer beliebter. Im letzten Jahr haben etwa 410.000 Gäste Urlaub im Kreis gemacht. Das Landesamt für Information und Technik verzeichnet für die Betriebe mit mindestens zehn Betten insgesamt 1,62 Millionen Übernachtungen, im Jahr zuvor waren es noch 1,59 Millionen. Gut die Hälfte verbuchten die Bad Salzufler Beherbergungsbetriebe für sich. Dort haben sich die Gäste auch durchschnittlich am längsten - 5,6 Tage - aufgehalten, dicht gefolgt von Dörentrup (4,6) und Horn-Bad Meinberg (4,2).



Faktencheck Agenda 2010.

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017.

Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderen auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung weiter unterstützt. Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2016, dies habe laut IAB-Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen.